

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	116
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	895/2017
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	11.12.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Kita-Platzmanagement städtischer Träger		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 29.11.2017, nicht öffentlich, Nr. 535

Ergebnis: Beschlussfassung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 13.11.2017, GRDRs 895/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vom Bericht über die Notwendigkeit eines zentralen Kita-Platzmanagements beim städtischen Träger wird Kenntnis genommen.
2. Der Stellenmehrbedarf für das zentrale Kitaplatzmanagement in Höhe von 3,5 Stellen (3,0 Stellen in EG 9a, 0,5 Stellen in EG 11) wird anerkannt. Die Verwaltung wird ermächtigt in diesem Umfang Personal ohne Blockierung von Planstellen einzustellen bzw. bestehende Arbeitsverträge zu erhöhen.

Über Stellenschaffungen und ggf. über die Ermächtigung, die Stellen vor Inkrafttreten der Haushaltssatzung zu besetzen, wird im Rahmen des Stellenplanverfahrens zum Doppelhaushalt 2018/2019 entschieden.

Aus Zeitgründen sei die Vorlage bereits im Verwaltungsausschuss beschlossen worden, was nicht die Regel sei. Es werde normalerweise der Beratungsgang eingehalten, informiert die Vorsitzende. Das Kita-Platzmanagement, bezogen auf den städtischen Träger, werde durch die Einführung eines zentralen Platzmanagements deutlich optimiert.

Das Kita-Platzmanagement sei auf Wunsch der Eltern entstanden, bemerkt StRin Ripsam (CDU). Sie hoffe auf die Beschlussfassung in den Haushaltsberatungen. StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) schließt sich ihrer Vorrednerin an. Den Wunsch nach Gültigkeit des Kita-Platzmanagements sämtlicher Träger äußert StRin Vowinkel (SPD).

Die Entlastung der Leitungen spiele bei dem neuen Anmeldeverfahren eine bedeutende Rolle, äußert Herr Schulze-Gronemeyer. Er befürchtet angesichts der Zuschüsse, dass nur der städtische Träger von der Einführung profitieren werde.

Abschließend bedankt sich BMin Fezer für die überwiegend positiven Rückmeldungen und stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDs 895/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. S/OB
 4. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 5. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 6. GPR (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN